Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 216 | Donnerstag, am 15. September 1938 | 104. Jahrgang

Für eilige Leser

3. Reichstagung der deutschen Landwirtschaftlichen Chemie.

Vom 13. bis 18. September findet in Bad Salzbrunn die dritte Reichstagung der deutschen Landwirtschaftlichen Chemie statt, an der zahlreiche Vertreter führender Organisationen der Wissenschaft, Praxis und Verwaltung teilnehmen. Im Rahmen der Feier wurde dem Ehrenvorsitzenden des Verbandes, Prof. Dr. Dr. e. h. Neubauer, durch Ministerialdirektor Dr. Moritz im Auftrage des Führers der Adlerschild des Deutschen Reiches überreicht.

HJ.-Abordnung wieder in Tokio.

Die in Japan weilende Austauschgruppe der Hitler-Jugend kehrte von einer längeren Besichtigungsreise nach Hokkaido wieder nach Tokio zurück, wo sie einige Tage verbleiben wird. Dort fand ein Besuch Matjihchleins und der Ausstellung „Großdeutschland" des Japanisch-Deutschen Vereins statt, dessen Präsident die HJ. gelegentlich eines Frühstücks begrüßte, an dem auch Botschafter Ott, Vertreter der Partei und der deutschen Gemeinde teilnahmen.

Englands König wieder in London.

Wie in London amtlich bekanntgegeben wurde, kehrte der König aus Balmoral nach London zurück. Man erwartet, daß der König bereits am heutigen Donnerstag den Premierminister in Audienz empfangen wird.

Dukaten als Kinderspielzeug. In der Nähe des Warschauer Vororts Bemberton spielten Kinder mit Münzen, die sie im Sande gefunden hatten. Plötzlich tauchten zwei Männer auf, ließen sich die Münzen zeigen, zahlten den Kindern 5 Pfennige fürs Stück, und ließen sich selbst das seltsame Spielzeug der Kinder aushändigen. Ein zehnjähriges Mädchen hatte jedoch noch eine Münze in der Schürze versteckt, um sie ihrer Mutter zu zeigen. Als die Mutter die Münze sah, eilte sie sofort zur Polizei, da sie in dem kindlichen Spielzeug auf den ersten Blick einen Golddukaten erkannte, der die Jahreszahl 1773 trug. Die Nachforschungen nach den Männern, die nach den Angaben der Kinder noch etwa 100 derartiger Dukaten vom Feld aufgelesen hatten, waren bisher erfolglos. Nach Ansicht der Polizei handelt es sich um einen vergrabenen Goldschatz aus der Zeit des letzten Polenkönigs Stanislaus August Poniatowski.

„Goldene" Sorgen. In den großen Pariser Modeberichten findet sich für die kommende Wintersaison die Anordnung, daß die Frauenwelt zu großen Abendkleidern Gold- und Silberstaub auf Augenbrauen oder Wimpern aufzutragen hat.

Sag es von Fenster zu Fenster. In Nottingham (England) machte ein 61jähriger Witwer einer 55jährigen Witwe laut über die Straße hinweg von Fenster zu Fenster eine Liebeserklärung und anschließend einen Heiratsantrag. Die Passanten waren Zeuge dieses seltsamen Weges, „sich zu erklären".

Gutbezahlte Vertretung fürs „Kittchen". In Chikago wurde eine Organisation ausgehoben, die sich damit beschäftigt hatte, zu Zuchthaus verurteilten Verbrechern Ersatzmänner fürs Kittchen zu besorgen. Die Summen, die dafür gezahlt wurden, beliefen sich auf 20 000 Dollar pro Jahr. Das sind Dinge, die wohl nur in „Gottes eigenem Land" möglich sind.

Schwedisches Motorschiff gesunken. An der holländischen Küste stieß das schwedische Motorschiff „Nippon" mit dem französischen Dampfer „Aisne" zusammen und sank. Bisher konnten 47 Personen der Besatzung des schwedischen Schiffes gerettet werden.

Volksabstimmung befürwortet

Matin: Weiteres Zusammenleben der Sudetendeutschen und der Tschechen menschlich unmöglich

Nach einer Meldung der englischen Reuter-Agentur aus Paris glaubt man, daß England und Frankreich im Interesse des Friedens Prag beschwören müßten, eine Volksabstimmung anzunehmen. Daneben, so heißt es in dieser Meldung weiter, müsse versucht werden, die Sudetendeutschen zur Fortführung der Verhandlungen zu bestimmen. Andere Meldungen sprechen davon, daß man auch in Genfer Kreisen eine Volksbefragung im sudetendeutschen Gebiet als einzig logische Lösung des Problems betrachte. Diese Lösung, so heißt es in der Auslandspresse, sei mehr wert, als wenn man in Europa eine Art Palästina schaffen wolle. Der französische Ministerpräsident äußerte Pressevertretern gegenüber im Hinblick auf die sudetendeutsche Frage, „Die Dinge schienen sich zu arangieren." Der „Republiqué" zufolge soll Daladier noch mitgeteilt haben, daß er an die Tschechen einen Appell zur Mäßigung gerichtet habe.

Von den französischen Zeitungen fordert „Ordre", so schnell als möglich eine internationale Polizei in den sudetendeutschen Gebieten an Stelle der tschechischen einzusetzen. „Excelsior" bezeichnet eine Aenderung der tschecho-slowakischen Verfassung als besser, als sich zu einem Bruch treiben zu lassen.

„Matin" erklärt, falls Frankreich den Frieden retten wolle, so könne es sich einer Volksabstimmung nicht widersetzen. Auch nicht, wenn es seinen ewigen Prinzipien treu bleiben wolle. Es handele sich nämlich darum, daß Tschechen und Sudetendeutsche an einem Punkte angelangt seien, wo es menschlich fast unmöglich sei, sie zusammen leben zu lassen. Das sei nicht das erstemal in der Geschichte zweier Völker verschiedener Rasse, Sprache und Kultur. Die Geschichte zeige, wie es in Mazedonien und Irland gewesen sei. Sie zeige ebenfalls, wie es heute in Palästina sei. Unter allen Umständen werde Frankreich für eine innere Angelegenheit eines anderen Landes keinen Krieg führen.

Juristisch zwinge keine Verpflichtung Frankreich dazu, und das französisch-tschechische Abkommen vom Jahre 1924, das man so häufig zitiere, laute in seinem ersten Artikel: Die französische und die tschecho-slowakische Regierung verpflichten sich, sich in den Fragen der Außenpolitik zu einigen, die geeignet sein könnten, ihre Sicherheit zu gefährden. Das aber schließe die innenpolitischen Fragen aus.

Traditionsmäßig könne Frankreich eines seiner geschichtlichen Prinzipien nicht verleugnen, nämlich das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Dieses Prinzip habe Frankreich für das Saargebiet angenommen. Für dieses Prinzip habe Frankreich häufig sein Blut vergossen. Es werde aber nicht einen Tropfen für ein Prinzip des Gegenteils hergeben.

„Times": Sicherheit durch Selbstbestimmung

Von den englischen Zeitungen schämt die „Times" sich nicht, die unverschämte Behauptung aufzustellen, daß ebenso viel Tschechen wie Deutsche getötet worden seien, ja vielleicht mehr Tschechen (!!!). Das Blatt verschweigt auch, daß Konrad Henlein durch die tschechischen Maßnahmen außerstande gesetzt ist, auf die schwer beunruhigte Bevölkerung einzuwirken. Das Blatt hält es einfach für ein „Märchen", daß die deutsche Minderheit in Böhmen stündlich für Leben und Eigentum zu fürchten habe.

Dann aber bequemt sich selbst die „Times" zu der Feststellung, Hitlers Forderung auf Selbstbestimmung sei grundsätzlich gerecht und vernünftig. Sie sei die einzige Basis, auf Grund deren Europa in diesem Zeitalter des Nationalismus hoffen dürfe, Friede und Sicherheit zu haben. Aus diesem Grunde würde es schwächlich und irreführend sein, im voraus irgendeine Lösung abzulehnen, die mit diesem Grundsatz vereinbar sei oder sich aus ihm ergebe. Die Weltmeinung werde, kurz gesagt, den Appell für die Selbstbestimmung weder ablehnen noch ausschließen, und der tschechische Staat sei der letzte, der es sich leisten könne, ihn zu ignorieren. Verhandlungen zwischen den Hauptmächten könnten jenes beispiellose Ziel einer Vertragsrevision erreichen und eine ruhige Entwicklung Europas sichern.

Das Blatt verlangt dann eine neue Formulierung der sudetendeutschen Forderungen und zählt anschließend die Einwände auf, die seines Erachtens gegen eine Volksabstimmung zu machen seien. Sie habe an der Saar gut funktioniert. Wer solle nun die oberste Kontrolle im sudetendeutschen Gebiet übernehmen; wer könne einen Waffenstillstand nach innen und außen garantieren? Das direkte und unmittelbare Interesse Deutschlands an der Entwicklung Osteuropas sei offensichtlich, fährt die „Times" fort. Die britische Politik bestehe nicht darin, daß sie natürliche Prozesse, die sich in diesem Gebiet abspielten, vereiteln wolle.

Ebenso setzen sich andere englische Zeitungen für eine Volksabstimmung ein. „Daily Mail" erklärt, die Selbstbestimmung, nämlich das Recht eines jeden Volkes, seine eigene Regierungsform zu wählen, sei im Wesen demokratisch. Das Blatt weist dann darauf hin, wo überall bereits durch Volksabstimmungen wichtige Entscheidungen in angrenzenden Gebieten Deutschlands herbeigeführt worden seien.

In Versailles habe man gerade bei der Tschecho-Slowakei, als diese künstlich geschaffen worden sei, die Völker nicht befragt. Man habe sie, ob sie es wollten oder nicht, in den neuen, willkürlich zusammengesetzten Staat hineingeworfen mit der zweifelhaften Sicherheit eines Minderheitenvertrages, der, wie die Ereignisse zeigten, nicht loyal ausgelegt worden sei. Jede Forderung auf ein Plebiszit oder jeder andere Plan, der die Minderheiten in den Stand setze, über ihre eigenen Rechte zu befinden, sollte von den Kanzleien auf das stärkste beachtet werden. Die Annahme des Grundsatzes der Selbstbestimmungsformel sollte eilig von den Mächten erörtert werden.

Rom fordert Lösung der Ordnung

Von den italienischen Zeitungen bezeichnet das Blatt des Duce, der „Popolo d'Italia", die Proklamierung des Belagerungs-Standrechts in den sudetendeutschen Gebieten als eine Geste verbrecherischer Verrücktheit. „Selbstbestimmung" setzt das Organ des Duce als kategorische Forderung des Tages über seinen Leitaufsatz.

Im einzelnen führt das Blatt noch aus, die Phase von Karlsbad sei historisch überlebt. Die Lage des tschecho-slowakischen Staates erscheine immer unerträglicher. Man stehe nun in der Phase der Selbstbestimmung. Das Recht der Sudetendeutschen, ihr eigenes Schicksal zu wählen, könne nicht bestritten werden, am allerwenigsten von den westlichen Demokratien. Die herrschenden Tschechen stellten die Minderheit des tschecho-slowakischen Staates dar. Benesch habe das Versprechen der Teilung des Staates in Kantone nicht eingehalten. Selbst Lloyd George, einer der Verantwortlichen von Versailles, habe vor kurzem den Irrtum von Versailles eingesehen. Zahlreiche Pseudo-Staatsmänner tappten im Dunkel und suchten einen Ausweg, der es ermögliche, das „Gesicht zu wahren". Aber in Rom sehe man klar: es gäbe zwei Auswege. Entweder die Abtrennung der Sudetendeutschen aus dem Staat, in dem sie fremd geworden seien, oder den Beginn einer schweren chaotischen Krise. Das erste sei die Lösung der Ordnung und des Friedens, das zweite die bolschewistische Lösung. „Gazzetta del Popolo" stellt fest, die Achse Rom—Berlin erweise sich in vollster und festester Wirksamkeit als ein einziger Block von Völkern, die in den entscheidenden Stunden die dunklen umstürzenden Kräfte erkennen und ihnen ihre Macht, Entschlossenheit und die Gleichheit ihrer Ideale entgegensetzen. Von Rom aus sei eine neue ernste Mahnung und Verurteilung der Politik des Herrn Benesch erteilt worden.

Auch die Presse anderer Länder setzt sich für eine Volksbefragung ein. So schreibt z. B. die polnische Presse: Die Selbstbestimmung steht auf der Tagesordnung. Die japanische Presse bezeichnet den Frieden von St. Germain als eine Saat des Unfriedens.

Der Leitartikler des Pariser Blattes „Intransigeant" kommt nach einer genaueren Prüfung der tschechischen Frage zu der Feststellung, daß man den Sudetendeutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker keinen Volksentscheid verweigern könne.

Weder Frankreich noch England könnten sich auf irgendeinen Vertrag stützen, um der Prager Regierung Beistand zu leisten. Heute handele es sich um die Frage, ob die Sudetendeutschen ermächtigt würden, eine Abstimmung durchzuführen und sich gegebenenfalls von der Tschecho-Slowakei zu trennen.

Und dies sei eine rein innere Angelegenheit der Tschecho-Slowakei. Gerade England und Frankreich, so heißt es weiter, hätten schon immer auf den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gepocht, und man frage sich nun, im Namen welcher Grundsätze man jetzt ein 3½-Millionen-Volk daran hindern wolle, sich frei zu entscheiden.

Prag muß die Sudetendeutschen freigeben

Angesichts der Zwischenfälle im sudetendeutschen Gebiet wiederholt die Züricher „Suisse" nachdrücklich, daß nur ein rasches und radikales Einlenken der Tschechen die Lage retten könne. Das Blatt schreibt dann: „Ein Krieg für die Erhaltung der gegenwärtigen Tschecho-Slowakei hätte keine ver-

Wachsende Einsicht

Erschüttert steht das deutsche Volk an der Bahre der sudetendeutschen Blutopfer tschechischen Terrors. Blühende Menschenleben sind von einer Soldateska und einer Gendarmerie, die den Verstand verloren haben und des Gewissens bar sind, zertreten worden. 13 Sudetendeutsche haben an einem einzigen Tage ihre Treue zu ihrem deutschen Volkstum mit dem Opfer des Lebens besiegeln müssen. Sie sind gefallen, weil die Tschechen einen Ausgleich nicht wollen. Und dabei muß befürchtet werden, daß selbst diese erschreckend hohe Zahl nicht einmal alle Opfer enthält. Die chaotischen Zustände in der Tschecho-Slowakei, die Unterdrückung der sudetendeutschen Zeitungen und die Lahmlegung des Telephonverkehrs durch Staatsgespräche machen es schwer, einen Gesamtüberblick zu gewinnen.

Wie werden die Dinge sich weiter entwickeln? Diese Frage beschäftigt durchweg das deutsche Volk, weil es ja Blut von unserem Blut ist, das in der Tschecho-Slowakei von verbrecherischen Subjekten vergossen wird. Zugleich bildet diese Frage aber auch das Weltgespräch, weil die tschechische Politik des Hasses und der Gewalt eine schwere Belastung des europäischen Friedens darstellt. In dieser Lage dämmert endlich der Welt die Erkenntnis auf, wie hoch die Bedeutung des deutschen Friedenswillens zu veranschlagen ist. So haben in diesen Tagen ausländische Zeitungen, insbesondere auch die italienischen, mit Nachdruck hervorgehoben, daß die deutsche Staatsführung und das deutsche Volk in kritischer Stunde eine unerschütterliche Ruhe gezeigt haben. Ihren Grund hat diese ruhige Haltung aber in der innigen Gemeinschaft, die Volk und Führung im nationalsozialistischen Deutschland verbindet, und vor allem in dem unerschütterlichen Glauben der deutschen Nation an Adolf Hitler. Das deutsche Volk weiß nicht nur, daß der Führer ehrlich dem Frieden ergeben ist, wie er dies mehr als einmal durch die Tat bekräftigt hat, sondern das deutsche Volk weiß auch, daß der Führer ein unerschrockener Steuermann ist, der das Staatsschiff ungefährdet durch alle Klippen zu steuern weiß.

Endlich begreifen nun auch die Elemente des Auslandes, die den Schwerpunkt so gerne nach Berlin verlagern wollten, daß ein Fortschritt nur dann erzielt werden kann, wenn endlich dem Unrecht, das die Sudetendeutschen nahezu zwei Jahrzehnte hindurch haben erdulden müssen, ein Ende gemacht wird. So haben anscheinend die Schüsse, die so viele Sudetendeutsche niedergestreckt haben, Europa aufgerüttelt. Schließlich will es schon etwas heißen, wenn eine französische Zeitung, der „Matin" nämlich, aus den blutigen Zwischenfällen in der Tschecho-Slowakei den Schluß zieht, daß die Sudetendeutschen und die Tschechen an einem Punkt angelangt seien, der ein weiteres Zusammenleben menschlich unmöglich mache.

Aber auch sonst fehlt es nicht an Stimmen, die eine wachsende Einsicht verraten, so wenn man sich darauf besinnt, daß Demokratien nicht gut gegen den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker eintreten können. Man höre, daß selbst ein Blatt wie die Londoner „Times", die uns weiß Gott nicht gut gesinnt ist und die selbst heute wieder unverschämteste Verdächtigungen ausspricht, das wenigstens anerkennt, es sei notwendig, den Sudetendeutschen die Möglichkeit zu eröffnen, ihr Schicksal zum ersten Male selbst zu bestimmen. Darüber, so versichert die „Times", sei man sich fast überall einig!

Und in der Tat sind heute die ausländischen Zeitungen, die sich für eine Volksabstimmung einsetzen, sehr zahlreich. Von Prag ist allerdings nach dieser Richtung hin nichts zu erwarten. Das war übrigens nach einer Aeußerung, die der Sohn des verstorbenen tschechischen Altpräsidenten Masaryk, der tschechische Gesandte in London, am Montag abgegeben hat, „eine Volksabstimmung halte man in Prag nicht für möglich, weil eine Volksbefragung in der Verfassung nicht vorgesehen sei", auch nicht zu erwarten. Sonst aber scheint man im Auslande langsam einzusehen, daß ein Staat wie die Tschecho-Slowakei, in dem eine Volksgruppe, die nicht einmal die Mehrheit bildet, die anderen Volksgruppen wie die Sudetendeutschen und die Slowaken knechtet und niedertritt, ein Fremdkörper ist im Zeitalter der Nationalstaaten.

Mut zur Wahrheit ist das erste, was erforderlich ist, um eine gerechte und dauerhafte Lösung zu finden. Wir verzeichnen es daher aus unserer Friedensliebe heraus mit Genugtuung, daß die Wahrheit über die Tschecho-Slowakei sich nunmehr in der Welt Bahn bricht. Und der Kernpunkt dieser Wahrheit ist eben der, daß die Tschecho-Slowakei ein Staatswesen bildet, das mit den Nationalstaaten und mit demokratischen Grundsätzen nichts zu schaffen hat. Gezeugt vom Haß, war der tschechische Staat vom ersten Tage an ein ernstes Hemmnis der europäischen Befriedung und eine Gefahrenquelle ersten Ranges.

SLUB
Wir führen Wissen.